

# Pulsnitzer Tageblatt

Fernsprecher 18. Tel.-Adr.: Tageblatt Pulsnitz  
Postfach-Konto Dresden 2138. Giro-Konto 146

Bezirksanzeiger

Wochenblatt

Bank-Konten: Pulsnitzer Bank, Pulsnitz und  
Commerz- und Privat-Bank, Zweigstelle Pulsnitz

**Er erscheint an jedem Werktag**  
Im Falle höherer Gewalt, Krieg, Streik oder sonstiger irgend welcher Störung des Betriebes der Zeitung oder der Beförderungs-Einrichtungen, hat der Verleger seinen Ansat auf Wiederlegung oder Nachlieferung der Zeitung oder auf Rückzahlung des Bezugspreises. — Wöchentlich 0.65 RM bei freier Zustellung; bei Abholung wöchentlich 0.55 RM; durch die Post monatlich 2.60 RM freibleibend



Anzeigen-Grundzahlen in Pf.: Die 41 mm breite Zeile (Moffe's Zeilenmesser 14) 1 mm Höhe 10 Pf., in der Amtshauptmannschaft Ramenz 8 Pf.; amtlich 1 mm 30 Pf. und 24 Pf.; Reklame 25 Pf. Tabellarischer Satz 50%, Aufschlag. — Bei zwanzigerweiser Einziehung der Anzeigengebühren durch Klage oder in Konkursfällen gelangt der volle Rechnungsbetrag unter Wegfall von Preisnachlaß in Anrechnung. Bis 1/10 Uhr vormittags eingehende Anzeigen finden am gleichen Tag Aufnahme

Das Pulsnitzer Tageblatt ist das zur Veröffentlichung der amtlichen Bekanntmachungen der Amtshauptmannschaft u. des Finanzamtes zu Ramenz des Amtsgerichts und des Stadtrates zu Pulsnitz sowie der Gemeinderäte Großnaundorf und Weißbach behördlicherseits bestimmte Blatt

Hauptblatt und älteste Zeitung in den Ortsteilen des Pulsnitzer Amtsgerichtsbezirks: Pulsnitz, Pulsnitz M. S., Großbrühendorf, Brettnig, Hauswalde, Dorn, Obersteina, Niedersteina, Weißbach, Ober- und Niederlichtenau, Freibersdorf, Thiemendorf, Mittellach, Großnaundorf, Klätternberg, Klein-Dittmannsdorf

Geschäftsstelle: Pulsnitz, Albertstraße Nr. 2

Druck und Verlag von E. J. Försters Erben (Inh. J. W. Mohr)

Schriftleiter: J. W. Mohr in Pulsnitz

Nummer 294

Dienstag, den 18. Dezember 1928

80. Jahrgang

Amtlicher Teil.

Mittwoch, den 19. Dezember 1928, vormittags 11 Uhr sollen in Pulsnitz, Rest. zum Bürgergarten

1 Kommode, Wintermäntel, Joppen und Kindermäntel  
meistbietend gegen Barzahlung öffentlich versteigert werden.

Pulsnitz, den 18. Dezbr. 1928.

Der Gerichtsvollzieher des Amtsgerichts

haben im  
**Anzeigen Pulsnitzer Tageblatt großen Erfolg!**

## Das Wichtigste

Wie aus Moskau berichtet wird, soll der Führer der Roten Kavallerie, Budienny, von der Sowjet-Regierung nach Sibirien abkommandiert worden sein, um die dortigen Bauern-Unruhen zu unterdrücken. Die B.D.Z.-Nachrichten melden: Der Freistaat Irland will im kommenden Jahr 125 000 Dollar für die Förderung des Handelsverkehrs ausgeben.

## An der afghanisch-indischen Welterede.

Originalbericht für unsere Zeitung.

Peshawar (Indien), 6. Dezember 1928.

Amanullah Khan, König der Afghanen, ist bei seinem Bestreben, sein Land nach den Grundsätzen fortgeschrittener Völker zu entwickeln, nun doch auf ernstlichen Widerstand gestoßen. Zu rasch und unvermittelt schien die Wandlerung, die das bis vor einem Jahrzehnt von aller Außenwelt abgeschlossene Volk durchzuführen soll. Schulen, auch für Mädchen, werden überall errichtet, Lehrstühle und Studenten ins Ausland geschickt, Fabrikanlagen kommen aus Europa und werden von Fremden betrieben, Wege und Straßen werden gebaut; die Steuern wachsen, da der Bau der neuen, modernen Hauptstadt, Dar-ul-Aman, fast ein Viertel aller Staatseinnahmen verschlingt; die Frauen legen den Schleier ab, in Kabul soll die Bevölkerung vom kommenden Frühjahr ab europäische Kleidung und Hüte tragen; jeder Afghanen soll drei Jahre Militärdienst tun, und jeder Untertan soll einen staatlichen Personal-Ausweis bei sich tragen, sogar die Mullahs (islamischen Geistlichen) sollen registriert werden. Soviel Neuerungen bringen das Volk in Bewegung und können auch Reibung und Mißstimmung erzeugen. In Kabul brach sich zwar jedes Zeichen von Auflehnung rasch an Amanullahs starker Hand, aber im Grenzgebiet nach Indien zu haben unbotmäßige Stämme dem König bewaffneten Troß geboten.

Die Bewohner dieses Berglandes, die eigentlichen Patanen, wie die Afghanen sich selbst auch nennen, haben sich seit den ältesten Zeiten jeder Oberherrschaft widersetzt. Selbst die Engländer haben auf der anderen Seite, in ihrer indischen „Nordwestlichen Grenzprovinz“, dies rauhe Volk trotz ungeheurer Geldopfer und blutiger Verluste bis heute nie ganz zähmen können. Kampf und Räuberhandwerk sind da Tradition, Fremdenhaß selbstverständlich. Hager und wetterfest, roh und ungebildet, grausam und gierig, kennen diese Leute nur zwei Ziele: Geld und Waffen. Als beliebter Sport gilt es daher z. B. englische Frauen zu entführen, um sie dann gegen leuchtende Goldstücke und moderne Reitergewehre wieder auszutauschen.

Die Schinwaris, die in der Gegend vom Khaiber-Paß bis Myellalabad wohnen, schlugen Ende November nach einem anscheinend militärisch organisierten Putsch los. Sie besetzten die einzige uralte große Straße, die von Kabul nach Peshawar, dem Anschließpunkt der indischen Eisenbahn, führt und daher für Afghanistan eine Lebensader bedeutet, an mehreren Stellen. Sie sprengten die Brücke bei Gandamak, um die Kabuler Regierung an der schnellen Entsendung von Verstärkungen zu hindern, legten Baumstämme über die Straße und griffen an, wen sie trafen. Einige Karawanen wurden abgefangen und um die wertvolle Habe erleichtert und ein paar Autos, die bei diesen Burden wohl noch als Erfindung des Scheitans (Teufels) gelten, kurzerhand angezündet. Sogar die englische Post und eine für den englischen Gesandten in Kabul, Sir Francis Humphrys, bestimmte Kiste mit Sekt und Whisky erreichten ihr Ziel nicht, worauf die Engländer in die Welt funkten, die dortigen europäischen Gesandtschaften seien von der „Lebensmittelfuhr“ abgeschnitten!

Ein Räuberhauptmann namens Batischä Satau, der schon monatelang an der genannten Landstraße sein „Gewerbe“ ausübte, Sohn eines afghanischen Wasserträgers, übernahm die Führung der Schinwari-Banden, denen sich auch der Kughiani-Stamm anschloß. Der Mullah von Schafanaur spendete seinen Segen dazu und erklärte angeblich durch ein Fetwa (Gutachten) Amanullahs Reformpläne für religionswidrig. Die schwächsten Posten der afghanischen Regierungstruppen wurden zuerst überfallen; gleichzeitig

## Eine Klage auf 865 Millionen Mark

Ein Appell an den gesunden Menschenverstand — Völlig negatives Ergebnis der Warschauer Handelsvertragsverhandlungen  
Londoner Echo der Rede in Lugano

### Eine Klage auf 865 Millionen Mark.

Die sächsische Regierung hat sich genötigt gesehen, ihrerseits die Eisenbahnabfindungsfrage vor den Staatsgerichtshof zu bringen.

Bekanntlich sind die Länderbahnlinien, darunter auch die sächsische Staatsbahn, im Jahre 1920 auf das Reich übertragen worden. Den Eisenbahnländern ist hierfür vom Reich eine Abfindung nach Maßgabe der Bestimmungen eines unter dem 31. März 1920 abgeschlossenen Staatsvertrages zugesichert worden. Der Betrag, den Sachsen auf Grund dieses Staatsvertrages zu beanspruchen hat, beziffert sich auf über 2 1/2 Milliarden Mark. In Anrechnung auf diese Abfindung hat das Reich schwebende Schulden des Landes übernommen. Als Rest der hierdurch nicht erledigten Abfindung (sog. Restausgeld) verbleibt ein Betrag von mindestens 865 Millionen Mark. Die wegen Befriedigung dieses Rechtsanspruches geführten und sich bereits über mehrere Jahre hinziehenden Verhandlungen haben bisher zu keinem Ergebnis geführt, da das Reich die Angelegenheit trotz des Drängens und der von Jahr zu Jahr immer dringender werdenden Vorstellungen der Eisenbahnländer durchaus hinstückend behandelt. Da das Land Sachsen bei seiner Finanzlage und den erheblichen Verpflichtungen, die auf seiner Staatskasse ruhen, nicht länger auf die ihm auf Grund der Übertragung der Eisenbahn auf das Reich vertragsmäßig zustehenden erheblichen Einnahmen verzichten kann, außerdem aber die Verjährung von Forderungen mit Ablauf dieses Jahres droht, hat es nunmehr Klage auf Feststellung der Verpflichtungen des Reiches in bezug auf die dem Lande Sachsen zu zahlende Abfindung erhoben. Das Land Sachsen hat hierbei die Aufwertung des Restausgeldes verlangt und weiter gefordert, daß diese Forderung in 30 Jahren getilgt und bis dahin mit 4 1/2 Prozent verzinst wird. Die Entscheidung des Staatsgerichtshofes wird natürlich auch für die anderen Länder mit früherem Eisenbahnbesitz von wesentlicher Bedeutung sein.

### „Ein Appell an den gesunden Menschenverstand.“

Franzosen gegen das Versailler Diktat.

Paris. Die „Evolution“, eine französische Zeitschrift, die seit Jahren mit Eifer gegen den Wahnsinn des Versailler Diktates ankämpft, veröffentlichte einen „Appell an den gesunden Menschenverstand“, um sich für eine Revision des Versailler Vertrages einzusetzen. Der Kelloggspakt könne erst dann wirklich in Kraft treten, wenn die Schwierigkeiten, die sich aus den Verträgen des Jahres 1919 ergeben hätten, in befriedigender Weise gelöst seien, und diese Schwierigkeiten seien: das Rheingebiet, der Anschluß der Danziger Korridor, die Minderheiten usw. Die Friedensverträge seien unter Bedingungen geschlossen worden, die

zu den elementarsten Gesetzen der Gerechtigkeit und Billigkeit im Widerspruch

stünden. Das von den Siegern feierlich gegebene Abfindungsversprechen sei nicht gehalten, sondern vielmehr in gewissen Punkten von den Alliierten formell verewaltigt worden. Ferner habe man die Friedensverträge den mitteleuropäischen Mächten diktiert, ohne ihre Vertreter anzuhören, und durch den Artikel 231 habe man sie gezwungen, sich als allein schuldig für den Krieg zu erklären.

### Völlig negatives Ergebnis der Warschauer Handelsvertragsverhandlungen

Berlin, 18. Dezember. Wie die „Vossische Zeitung“ aus Warschau berichtet, hat Minister a. D. Hermes am Montagabend Warschau verlassen, um der Reichsregierung zu berichten. Die einzige offizielle Sitzung, die diesmal mit

den Polen stattfand, dauerte nur zwölf Minuten und hatte ein völlig negatives Ergebnis. Der polnische Delegationsführer habe eine Erklärung abgegeben, die sich nur auf die schriftlichen deutschen Vorschläge vom 4. Dezember bezogen hätten, die als ungenügend erklärt worden sei. Vor der Abreise Hermes hätten die beiden Delegationsführer noch eine mehrstündige private Aussprache gehabt, in der sich doch wieder Möglichkeiten der Verständigung ergeben hätten. Hermes habe darauf hin seine Rückkehr nach Warschau für Mitte Januar in Aussicht gestellt.

### Londoner Echo der Reden in Lugano

Außenminister Chamberlain ist über den Verlauf der Verhandlungen in Lugano durchaus befriedigt, obwohl die Presse sich bisher jeden Kommentars enthielt, ist aus den vereinzelt geäußerten Äußerungen und aus der allgemeinen Fassung der Luganoer Berichte deutlich erkennbar geworden, daß diese Unzufriedenheit in weiteren politischen Kreisen keineswegs geteilt wird. Der Evening Standard weist nun darauf hin, daß die Luganoer Verhandlungen mit einem Zusammenstoß endeten, der zeige, daß der Völkerbund die Gelegenheit zu Auseinandersetzungen bietet, die anderswo nicht oder wenigstens nicht so heftig stattfinden würden. Die Luganoer Verhandlungswoche habe mit der provokatorischen Rede des polnischen Außenministers und einer Drohung Dr. Stresemanns geendet, daß Deutschland sich veranlaßt sehen könnte, sich vom Völkerbund zurückzuziehen. Wenn das den britischen Außenminister befriedige, so müsse man sich wundern, was ihn eigentlich entmutigen könnte.

### Nachführung des Reichstages.

Die erste Nachführung, die am Sonnabend im Reichstag stattfand, wurde vom Präsidenten Lübe pünktlich um 10 Uhr eröffnet. Das Haus trat in die zweite Beratung des Gesetzentwurfes, der das Gesetz über den Verkehr mit unedlen Metallen um ein weiteres Jahr verlängern will, ein. Zugestimmt wurde einem volksparteilichen Antrag, durch den das Gesetz zunächst bis zum 30. Juni 1929 verlängert wurde. Die Vorlage wurde auch in der dritten Beratung erledigt.

Es folgte die Beratung einer Anzahl von Ausschufanträgen. Von der Platzwahl für ein Reichsehrenmal soll solange abgesehen werden, bis der deutsche Boden restlos von der Besetzung befreit ist. Ein anderer Antrag ersucht die Reichsregierung, auf eine stärkere Verwendung der Saar Kohle besonders in Süddeutschland hinzuwirken. Ferner wurden Wünsche über Tarifrevision, Durchführung von Notstandsarbeiten, Eisenbahnbauten usw. geäußert. Nach kurzer Erörterung wurden die Ausschufanträge genehmigt. Damit war die Tagesordnung erschöpft. Präsident Lübe schlug vor, die nächste Sitzung am Sonntag 5 Minuten nach Mitternacht abzuhalten.

### Der Reichstag bis Mitte Januar vertagt.

Der Reichstag hat in der Nacht zum Sonntag um 1/4 Uhr den Nachtragsetat für das Jahr 1928 an den Haushaltsausschuß überwiesen und sich dann bis Mitte Januar vertagt. Mit Grad, Smoking und auch Abendtoilette beriet man fast vier Stunden ganz ernsthaft über die Etatslage des Reiches, wobei der Finanzminister Silberding eine Rede hielt. Im Reichstagsrestaurant herrschte Alkoholverbot.

### Briand hat geschlafen!

Lugano. Der französische Außenminister Briand erlärte am Sonnabend Pressevertretern auf Befragen, wie er zu dem Zusammenstoß zwischen Dr. Stresemann und Jalecki stehe, er habe in der Ratsitzung den üblichen Schlaf gehalten und sei plötzlich durch eine Finsternis- und Kanonendonner aufgeweckt worden. Er habe festgestellt, daß die Sitzung schleunigst geschlossen werden müsse und habe daher sofort die Sitzung für geschlossen erklärt.